

# Resolution

**AntragsstellerIn:** Landesvorstand (Landesvorstand), Landesvorstand (Landesvorstand), Landesvorstand (Landesvorstand), Landesvorstand (Landesvorstand)

**Gegenstand:** **Gesicht zeigen gegen rechten Terror und Menschen gegen rechts verteidigen!**

---

## 1 Antragstext

2 Seit Wochen erleben wir eine beispielhafte Willkommenskultur. Zahlreiche  
3 Menschen bekunden ihre Solidarität für Menschen in Not und engagieren sich auf  
4 vielerlei Weise.

5 Auf der anderen Seite nehmen Hetze und Gewalt gegen Geflüchtete sowie gegen  
6 HelferInnen und PolitikerInnen, die sich für Flüchtlinge einsetzen, signifikant  
7 zu. Es mehren sich die Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, egal ob bewohnt oder  
8 unbewohnt, und es wächst die Gefahr, dass Menschen zu Schaden kommen.

9 Mit Sorge und Abscheu erleben wir, wie eine fremdenfeindliche Stimmungsmache  
10 sich ausbreitet, für die NPD, Pegida, AFD und Co. den Boden bereitet haben. Es  
11 mehren sich die Angriffe und es wächst die Gefahr, dass Menschen zu Schaden  
12 kommen. UnterstützerInnen erhalten Hassmails oder müssen erleben, dass ihre  
13 Autos angezündet werden, Flüchtlingsunterkünfte, egal ob bewohnt oder unbewohnt,  
14 werden angesteckt und es kommt erschreckenderweise immer häufiger zu tätlichen  
15 Übergriffen auf Personen.

16 Wir sehen uns konfrontiert mit Hass und rechtem Terror, der gezielt Anschläge  
17 verübt und mit einer wachsenden Menge von Bürgern, die unter dem Vorwand, Sorgen  
18 zu haben, die Gewalt gegen Geflüchtete salonfähig macht.

19 In dieser Situation fordern wir Bündnisgrüne

- 20 • Jede Straftat, die aus rassistischen, fremdenfeindlichen Gründen  
21 motiviert ist, muss konsequent verfolgt und hart bestraft werden.  
22 Deswegen soll die polizeiliche Bearbeitung derartiger Fälle auf  
23 Dienststellen der standardisierten Bearbeitung (ZENTRAB)  
24 ausgeschlossen werden und die Verfahrenseinstellung durch die

- 25 Staatsanwaltschaft darf nur der Ausnahmefall beim Vorliegen ganz  
26 besonderer Tatumstände sein.
- 27 • Auch Gewaltaufrufe und Fälle von Billigung von Straftaten in den  
28 sozialen Netzwerken müssen als Straftat verstanden und konsequent  
29 geahndet werden.
- 30 • Bei der Verfolgung derartiger Straftaten muss vor dem Hintergrund der  
31 vernetzten Neonazi-Szene in Berlin und Brandenburg eine engere  
32 Zusammenarbeit der Brandenburger mit den Berliner  
33 Staatsschutzdienststellen vereinbart werden.
- 34 • Zivilgesellschaftliches Engagement gegen rechts muss mehr unterstützt  
35 werden. Initiativen und Vereine, die sich seit Jahren im Kampf gegen  
36 Rechtsextremismus engagieren, wie die Mobilen Beratungsstellen gegen  
37 Rechtsextremismus und die Opferberatungsstellen, müssen gestärkt  
38 werden. Sie brauchen deutlich mehr Mittel und eine verlässliche  
39 Förderung.
- 40 • Rechtsextremes Gedankengut in den Reihen der Polizei darf nicht  
41 geduldet werden. Wir fordern die Einrichtung einer unabhängigen  
42 Beschwerdestelle, wo Vorfälle innerhalb der Polizei - auch unter  
43 Umgehung des regulären Dienstweges - sofort gemeldet werden können.
- 44 • Struktur und Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden, vor allem des  
45 Verfassungsschutzes gehören auf den Prüfstand. Wir Grüne treten für  
46 eine umfassende Reform des Verfassungsschutzes ein. Wir fordern  
47 verbindliche und kontrollierbare Regeln zur Kooperation der  
48 Sicherheitsbehörden (Polizei, Verfassungsschutz, Kriminalamt)  
49 untereinander und zwischen den Bundesländern.
- 50 • Wir Grüne unterstützen die vielen Menschen, die sich vor Ort in  
51 Willkommensinitiativen für Geflüchtete und gegen Rechtsextremismus  
52 engagieren. Mit unserer Fotoaktion "Wir zeigen Gesicht" setzen wir  
53 heute ein Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassistimus und  
54 zeigen, dass wir uns weder verstecken noch einschüchtern lassen.